

MONIKA REIMER

Die steuerliche Erfassung privater Veräußerungsgewinne

Reformüberlegungen
für die deutsche Besteuerung
unter Berücksichtigung der Rechtslage
in Österreich, Großbritannien
und den USA

Juristische Gesamtbibliothek
Technische Universität Darmstadt

B60270



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Tabellenverzeichnis	XIV
Abkürzungsverzeichnis	XV
Erstes Kapitel: Darstellung der Problematik	1
A. Problemstellung und Gang der Untersuchung	1
B. Die Erfassung privater Veräußerungsgewinne in der Bundesrepublik Deutschland de lege lata	4
I. Der deutsche Einkommensteuertatbestand im Überblick	4
II. Dualismus der Einkunftsarten	6
1. Gewinneinkunftsarten	6
2. Überschusseinkunftsarten	9
III. Die Besteuerung privater Veräußerungsgewinne und Veräußerungsverluste nach §§ 23 und 17 EStG	10
1. Private Veräußerungsgeschäfte	10
a) Tatbestandsvoraussetzungen	10
b) Steuerbefreiung bei Veräußerung selbstgenutzten Wohneigentums	14
c) Ermittlung des Veräußerungserfolgs und steuerliche Begünstigung	17
d) Berücksichtigung von Verlusten	20
2. Veräußerung wesentlicher Beteiligungen an Kapitalgesell- schaften	21
a) Tatbestandsvoraussetzungen	21
b) Ermittlung des Veräußerungserfolgs und steuerliche Begünstigung	25
c) Berücksichtigung von Verlusten	28
3. Verfahrensrechtliche Bestimmungen	29
IV. Ergebnis	34
Zweites Kapitel: Das Gebot der Steuergerechtigkeit als Ausgangspunkt für die Erfassung privater Veräußerungsgewinne	35
A. Inhalt und Bedeutung des allgemeinen Gleichheitssatzes (Art. 3 Abs. 1 GG) für das Steuerrecht	35
I. Art. 3 Abs. 1 GG im Überblick	35

II.	Konkretisierung des Art. 3 Abs. 1 GG für das Steuerrecht vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 27.6.1991	37
B.	Das Leistungsfähigkeitsprinzip als Fundamentalprinzip für eine gerechte Besteuerung	40
I.	Inhalt und Konkretisierung des Leistungsfähigkeitsprinzips	41
II.	Diskussion verschiedener Einkommensbegriffe.....	42
1.	Quellentheorie	43
2.	Reinvermögenszugangs- und Markteinkommenstheorie.....	44
3.	Der deutsche Einkommensbegriff und dessen historische Entwicklung	46
C.	Die Ungleichbehandlung betrieblicher und privater Veräußerungsgewinne und Art. 3 Abs. 1 GG.....	50
I.	Bisher vom Bundesverfassungsgericht vertretene Auffassung und Kritik an dieser Auffassung	51
II.	In der Literatur vertretene Auffassungen.....	54
III.	Problembereiche bei der Erfassung privater Veräußerungsgewinne.....	56
1.	Praktikabilität	56
2.	Scheingewinne und Progressionswirkung	58
D.	Ergebnis.....	61
	Drittes Kapitel: Die Erfassung privater Veräußerungsgewinne in Österreich, Großbritannien und den USA.....	63
A.	Österreich	63
I.	Umfang der Steuerpflicht und Einkommensbegriff	63
II.	Veräußerungsgewinne und Veräußerungsverluste	65
1.	Spekulationsgeschäfte	65
a)	Tatbestandsvoraussetzungen	65
b)	Steuerbefreiungen.....	68
aa)	Veräußerung des Hauptwohnsitzes.....	68
bb)	Veräußerung selbst hergestellter Gebäude	70
c)	Ermittlung des Veräußerungserfolgs und steuerliche Begünstigung.....	71
d)	Berücksichtigung von Verlusten	74
2.	Veräußerung bestimmter Beteiligungen	75
a)	Tatbestandsvoraussetzungen	75
b)	Ermittlung des Veräußerungserfolgs und steuerliche Begünstigung.....	77

c) Berücksichtigung von Verlusten	79
III. Verfahrensrechtliche Bestimmungen.....	79
IV. Steuerreform	81
1. Reformbestrebungen der Steuerreformkommission im Jahr 1998	81
2. Neuregelung der Spekulationsgeschäfte ab Oktober 2001	83
V. Zusammenfassung und Vergleich mit dem deutschen Recht.....	88
B. Großbritannien	92
I. Umfang der Steuerpflicht und Einkommensbegriff	92
II. Veräußerungsgewinne (capital gains) und Veräußerungsverluste (capital losses).....	94
1. Tatbestand der capital gains und capital losses.....	94
2. Steuerbefreiungen.....	96
a) Veräußerung des Hauptwohnsitzes	96
b) Veräußerung beweglicher materieller Wirtschaftsgüter	98
3. Ermittlung des Veräußerungserfolgs	100
4. Tarifliche Besonderheiten	103
5. Berücksichtigung von Verlusten	103
III. Verfahrensrechtliche Bestimmungen.....	104
1. Selbstveranlagungsverfahren	104
2. Meldepflichten und Ausgestaltung der Grunderwerbsteuer als Stempelsteuer.....	105
3. Ermittlungsverfahren.....	106
IV. Zusammenfassung und Vergleich mit dem deutschen Recht.....	108
C. USA.....	111
I. Umfang der Steuerpflicht und Einkommensbegriff	111
II. Veräußerungsgewinne (capital gains) und Veräußerungsverluste (capital losses).....	112
1. Tatbestand der capital gains und capital losses.....	112
2. Steuerbefreiungen und steuerneutrale Übertragungen.....	114
a) Veräußerung des Hauptwohnsitzes	114
b) Veräußerung von Anteilen an Kleinbetrieben	115
c) Tausch gleichartiger Wirtschaftsgüter	116
3. Ermittlung des Veräußerungserfolgs	117
4. Tarifliche Besonderheiten	119
5. Berücksichtigung von Verlusten	120
III. Verfahrensrechtliche Bestimmungen.....	121
1. Selbstveranlagungsverfahren	121
2. Meldepflichten	121

a) Grundstücksgeschäfte.....	122
b) Meldepflichten für Zahlungen.....	122
c) Nichterfüllen der Meldepflichten.....	123
aa) Geldbußen	123
bb) Quellensteuern	124
3. Ermittlungsverfahren.....	125
IV. Zusammenfassung und Vergleich mit dem deutschen Recht.....	126

Viertes Kapitel: Die Erfassung privater Veräußerungsgewinne in der Bundesrepublik Deutschland de lege ferenda.....129

A. Ausdehnung der steuerlichen Berücksichtigung privater Veräußerungsvorgänge unter Ausschluß des der privaten Lebensführung dienenden Vermögens	129
I. In den ausländischen Steuerrechten gewonnene Erkenntnisse.....	129
II. Umfassende Besteuerung von Grundstücken und Finanzanlagen.....	131
1. Rechtfertigung des Ausschlusses des der privaten Lebensführung dienenden Vermögens	131
2. Der Sonderfall des eigengenutzten Hauses bzw. der eigengenutzten Wohnung	137
3. Konkretisierung des steuerpflichtigen Tatbestands	143
III. Ermittlung des Veräußerungserfolgs	148
IV. Unterscheidung lang- und kurzfristiger Veräußerungserfolge zur Berücksichtigung der Problematik der Besteuerung von Scheingewinnen	151
V. Tarifliche Besonderheiten zur Berücksichtigung der Problematik der Progressionswirkung.....	155
VI. Berücksichtigung von Verlusten.....	160
VII. Meldepflichten der Kreditinstitute zur Gewährleistung der steuerlichen Erfassung privater Veräußerungserfolge.....	163
1. Alternativen zur Gewährleistung der steuerlichen Erfassung privater Veräußerungserfolge.....	163
2. Meldepflichten der Kreditinstitute aus verfassungsrechtlicher Sicht.....	167
a) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG).....	167
b) Die Berufsfreiheit (Art. 12 GG), die Eigentumsgarantie (Art. 14 GG) und das Gebot der Lastengleichheit (Art. 3 Abs. 1 GG)	171
aa) Die Rechtmäßigkeit der Indienstnahme als solche.....	172
bb) Die Frage der Kostentragungspflicht.....	179

XIII

3. Schlußfolgerungen.....	182
B. Behandlung von Altfällen	183
I. Die Frage der Berücksichtigung der Altfälle im Spannungs- verhältnis von Rechtsstaatsprinzip und staatlicher Handlungs- fähigkeit	183
II. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Zulässigkeit rückwirkender Gesetze.....	185
III. Würdigung der mit einem Einbezug der Altfälle verbundenen Rückwirkungsproblematik.....	189
Fünftes Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse.....	198
Literaturverzeichnis	203